© Jan Sramek Verlag (<http://www.jan-sramek-verlag.at>). [Übersetzung wurde bereits in Newsletter Menschenrechte 2023/3 veröffentlicht] Die erneute Veröffentlichung wurde allein für die Aufnahme in die HUDOC-Datenbank des EGMR gestattet. Diese Übersetzung bindet den EGMR nicht.

© Jan Sramek Verlag (<http://www.jan-sramek-verlag.at>). [Translation already published in Newsletter Menschenrechte 2023/3] Permission to republish this translation has been granted for the sole purpose of its inclusion in the Court's database HUDOC. This translation does not bind the Court.

© Jan Sramek Verlag (<http://www.jan-sramek-verlag.at>). [Traduction déjà publiée dans Newsletter Menschenrechte 2023/3] L'autorisation de republier cette traduction a été accordée dans le seul but de son inclusion dans la base de données HUDOC de la Cour. La présente traduction ne lie pas la Cour.

Fehlende Betroffenheit von Verbot des Schwangerschaftsabbruchs bei Fehlbildung des Fötus

A. M. gg Polen und sieben weitere Beschwerden, Entscheidung vom 16.5.2023, Kammer I, 4188/21 ua

Sachverhalt

Die vorliegenden Beschwerden wurden von acht Frauen erhoben, die sich durch das weitgehende Verbot des Schwangerschaftsabbruchs im polnischen Recht als beeinträchtigt erachten.

Am 22.10.2020 erklärte das polnische Verfassungsgericht auf Antrag von 118 Abgeordneten des Parlaments, dass § 4a Abs 1 lit b des Gesetzes über Familienplanung, Schutz des menschlichen Fötus und Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs (im Folgenden: »Familienplanungsgesetz«) mit der Verfassung unvereinbar sei. Nach dieser Bestimmung war eine Abtreibung zulässig, wenn Pränataluntersuchungen oder andere medizinische Erwägungen auf eine hohe Wahrscheinlichkeit einer schweren und bleibenden Behinderung oder einer unheilbaren Erkrankung des Fötus, die sein Leben bedroht, hinwiesen. Nach Ansicht des Verfassungsgerichts hat das ungeborene Kind ein Recht auf Leben, das rechtlich geschützt werden müsse. Da auch bei Vorliegen einer solchen Indikation nicht automatisch von vorrangigen Interessen der Schwangeren ausgegangen werden könne, sei die Bestimmung mit dem Recht des ungeborenen Kindes

auf Leben und auf Würde unvereinbar.

Mit dem Tag der Kundmachung des Urteils am 21.1.2021 trat diese Bestimmung außer Kraft. Seither ist ein Schwangerschaftsabbruch nur rechtmäßig, wenn die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der werdenden Mutter gefährdet oder die Schwangerschaft aus einer Straftat resultiert. Die Durchführung einer rechtswidrigen Abtreibung ist mit bis zu drei Jahren Haft bedroht. Die Frau, deren Schwangerschaft abgebrochen wird, ist nicht zu bestrafen.

Das Urteil des Verfassungsgerichts führte zu Protesten und Demonstrationen mit zahlreichen Teilnehmer*innen. Im Jänner 2021 stellte eine polnische NGO ein vorausgefülltes Formular für Beschwerden an den EGMR online zur Verfügung und ermunterte Frauen, dieses zu vervollständigen und an den GH zu senden.

Die acht Bf erhoben ihre Beschwerden unter Verwendung dieses vorausgefüllten Formulars, das sie um kurze Angaben zu ihrer persönlichen Betroffenheit ergänzten. Drei von ihnen waren zum Zeitpunkt der Beschwerdeerhebung schwanger, zwei weitere planten eine Schwangerschaft. Zwei Frauen gaben an, aufgrund

des Urteils nicht länger schwanger werden zu wollen. Sie alle machten geltend, durch das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs auch bei einer schweren Behinderung oder Erkrankung des Fötus sehr besorgt zu sein, weil sie in diesem Fall das Kind zur Welt bringen müssten. Zudem befürchteten sie, im Fall einer Schwangerschaft keine angemessene medizinische Unterstützung zu erhalten.

Rechtsausführungen

Die Bf behaupteten eine Verletzung von Art 3 EMRK (hier: *Verbot der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung*) und von Art 8 EMRK (*Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens*).

I. Verbindung der Beschwerden

(42) Angesichts des ähnlichen Gegenstands der Beschwerden erachtet es der GH als angemessen, sie gemeinsam zu behandeln.

II. Zur behaupteten Verletzung von Art 3 und Art 8 EMRK

(43) Die Bf brachten vor, sie seien potentielle Opfer einer Verletzung von Art 8 EMRK aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichts vom 22.10.2020. [...] Sie behaupteten auch, potentielle Opfer einer Verletzung von Art 3 EMRK zu sein. [...]

(44) Die Regierung wandte ein, keine der Bf könne als Opfer einer Verletzung von Art 3 oder Art 8 EMRK angesehen werden. [...]

(50) Die Bf widersprachen der Stellungnahme der Regierung [...]. [...] Auch wenn ihnen der Zugang zu einem rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch wegen einer Fehlbildung des Fötus nicht verwehrt worden sei, würden sie dennoch durch das Familienplanungsgesetz in seiner durch das Urteil des Verfassungsgerichts [...] geänderten Fassung in ihren Rechten verletzt. Denn das nationale Recht zwingt sie dazu, ihr Verhalten an diesen Anforderungen anzupassen [...].

(51) Ihrer Ansicht nach wären alle Frauen im gebärfähigen Alter den allgemein anwendbaren gesetzlichen Regeln betreffend den Zugang zu Abtreibungen unterworfen. Daher müssten sie ihr Verhalten [...] anpassen und die gesetzlichen Vorgaben bei ihren Entscheidungen über die eigene Fortpflanzung berücksichtigen. [...]

(71) Der GH wird sich zunächst der Einrede der fehlenden Vereinbarkeit der Beschwerde *ratione personae* zuwenden und prüfen, ob die Bf behaupten können, Opfer einer Verletzung von Art 3 und Art 8 EMRK zu sein.

1. Allgemeine Grundsätze

(72) [...] Art 34 EMRK erlaubt keine Beschwerden, mit denen *in abstracto* eine Verletzung der Konvention behauptet wird. Die EMRK sieht keine Erhebung einer *actio popularis* vor, was bedeutet, dass sich Bf nicht über eine Bestimmung des innerstaatlichen Rechts, eine innerstaatliche Praxis oder hoheitliche Akte beschweren können, nur weil diese der EMRK zu widersprechen scheinen. Allerdings kann eine Person dennoch vorbringen, dass ein Gesetz auch ohne einen individuellen Umsetzungsakt gegen ihre Rechte verstößt, und damit geltend machen, »Opfer« iSv Art 34 EMRK zu sein, wenn sie entweder ihr Verhalten ändern muss oder riskiert, strafrechtlich verfolgt zu werden, oder wenn sie einer Kategorie von Personen angehört, die Gefahr laufen, von diesem Gesetz direkt betroffen zu sein.

(73) Der GH hat in einer Reihe von Fällen anerkannt, dass ein Bf ein potentielles Opfer sein kann. [...] So hat er zB die Opfereigenschaft [...] in einem Fall akzeptiert, [...] in dem eine gerichtliche Anordnung, die es den Bf Vereinigungen und ihren Organen untersagte, bestimmte Informationen an schwangere Frauen weiterzugeben, sich wahrscheinlich auch indirekt auf Bf auswirkte, die nicht den betroffenen Vereinigungen angehörten (*Open Door und Dublin Well Woman/IR*). In diesem Urteil anerkannte der GH die Opfereigenschaft von [...] zwei weiblichen Bf – die sich der Beschwerde aufgrund ihrer Überzeugungen angeschlossen hatten – weil »unbestritten war, dass sie zu einer Gruppe von Frauen im gebärfähigen Alter gehörten, welche durch die verhängten Beschränkungen negativ betroffen sein konnten« und sie »nicht versuchten, *in abstracto* die Vereinbarkeit des irischen Rechts mit der Konvention in Frage zu stellen«. Im Gegensatz dazu erachtete der GH in *Willis/GB* die Gefahr, dass dem Bf zu einem in der Zukunft liegenden Datum aufgrund des Geschlechts eine Witwenpension verweigert würde, als hypothetisch, da nicht gewiss war, ob der Bf zu dem Zeitpunkt, ab dem eine Frau in seiner Situation einen Anspruch hätte, die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen für den Anspruch auf diese Leistung erfüllen würde.

(74) Damit ein*e Bf geltend machen kann, Opfer zu sein, muss sie oder er somit vernünftige und überzeugende Beweise für die Wahrscheinlichkeit vorlegen, dass eine sie oder ihn persönlich betreffende Verletzung eintreten wird. [...]

2. Anwendung dieser Grundsätze auf den vorliegenden Fall

(75) [...] Die Bf brachten vor, als Frauen im gebärfähigen Alter wären sie von den Änderungen der Rechtslage [durch das Urteil des Verfassungsgerichts] negativ betroffen, weil sie gezwungen wären, ihr Verhalten

im intimsten Bereich ihres persönlichen Lebens anzupassen.

(76) Das fragliche Urteil hob eine der Bestimmungen im Familienplanungsgesetz auf [...] und beseitigte damit im Ergebnis den Zugang zu einer rechtmäßigen Abtreibung im Fall einer Fehlbildung des Fötus. Die Bf brachten vor, zu einer Gruppe von Personen zu gehören, nämlich »Frauen im gebärfähigen Alter«, die Gefahr liefen, von dieser Maßnahme direkt betroffen zu werden. Sie behaupteten nicht, dass ihnen der Zugang zu einem rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch verwehrt worden sei, sondern brachten vor, das Familienplanungsgesetz in der Fassung [nach dem Urteil des Verfassungsgerichts] verstoße dennoch gegen ihre Rechte, weil das innerstaatliche Recht sie dazu gezwungen habe, ihr Verhalten anzupassen und weil sie mit einer konkreten rechtlichen Verpflichtung konfrontiert seien, Schwangerschaften auszutragen, selbst wenn der Fötus geschädigt oder krank sei, und möglicherweise ein schwer krankes Kind zur Welt zu bringen. [...]

(77) Der GH erinnert in diesem Kontext daran, dass ein*e Bf nur unter sehr außergewöhnlichen Umständen behaupten kann, aufgrund des Risikos einer künftigen Verletzung Opfer einer Konventionsverletzung zu sein.

(78) Es stimmt, dass in *Open Door und Dublin Well Woman/IR* die Gruppe von Personen, die Gefahr liefen, von einer umstrittenen Maßnahme direkt betroffen zu sein, sehr weit definiert wurde. Allerdings ging es in diesem Fall um Beschwerden unter Art 10 EMRK und die über die Bf verhängte Einschränkung, Informationen über in Großbritannien rechtmäßig betriebene Abtreibungskliniken zu erhalten. In diesem Fall war klar, dass die beiden Bf als »Frauen im gebärfähigen Alter« von den mit der umstrittenen Verfügung verhängten Einschränkungen direkt negativ betroffen sein hätten können. Im vorliegenden Fall beschwerten sich die Bf jedoch allgemein über die Beseitigung eines spezifischen Grundes für einen rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch aus dem Familienplanungsgesetz. Nach Ansicht des GH muss die Kategorie von Personen, die behaupten können, »Opfer« einer solchen Verletzung zu sein, notwendigerweise sehr viel enger sein. Während eine Frau im gebärfähigen Alter in Polen, die der Gefahr einer Schwangerschaft mit Fehlbildungen des Fötus ausgesetzt ist, von der umstrittenen Einschränkung des Zugangs zu einem medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruch betroffen sein kann, muss eine Bf, damit sie geltend machen kann, in einer solchen Situation Opfer zu sein, vernünftige und überzeugende Beweise für die Wahrscheinlichkeit vorlegen, dass eine sie persönlich betreffende Verletzung stattfinden wird. Eine bloße Vermutung oder Spekulation ist in dieser Hinsicht unzureichend.

(79) Der GH wird daher prüfen, ob die Bf im vorliegenden Fall vernünftige und überzeugende Beweise

vorgelegt haben, um behaupten zu können, Opfer einer Konventionsverletzung zu sein.

(80) Dazu bemerkt der GH, dass jene beiden Bf, die gesundheitliche Probleme behaupteten, die zu einem höheren Risiko fötaler Fehlbildungen führen würden, [...] keine medizinischen Belege zur Untermauerung dieses Vorbringens vorlegten. [...]

(81) Jene beiden Bf, die zur Zeit der Beschwerdeerhebung schwanger waren, brachten nicht vor, dass irgendwelche Auffälligkeiten bei ihren Föten festgestellt worden wären. Sie legten auch keine Beweise [...] für ein potentiell höheres Risiko von Fehlbildungen des Fötus vor. [...]

(82) Die verbleibenden Bf beschrieben ihre persönliche Situation in sehr allgemeinen Worten. Zwei von ihnen brachten lediglich vor, dass sie eine Schwangerschaft planen würden und ihnen das Urteil des Verfassungsgerichts Stress und Angst bereite. Sie würden zudem befürchten, vom Staat keine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Allerdings verabsäumten es auch diese Bf, irgendwelche weiteren Details oder Dokumente zur Untermauerung ihrer Behauptungen vorzulegen.

(83) Schließlich bemerkt der GH, dass die Bf [K. N-S.] vorbrachte, sie hätte nach dem Urteil des Verfassungsgerichts nicht länger versucht, schwanger zu werden. Sie hätte befürchtet, keine Hilfe zu erhalten, wenn sie schwanger und eine schwere Fehlbildung des Fötus festgestellt würde. Ganz ähnlich machte eine weitere Bf [...] geltend, ihr Leben und ihre Gesundheit im Fall möglicher Komplikationen während einer Schwangerschaft nicht aufs Spiel setzen zu wollen. Allerdings verabsäumten es auch diese beiden Bf, irgendwelche Dokumente über ihre individuellen Umstände oder genauere Argumente vorzubringen. Zum Argument der Bf, ihr Leben oder ihre Gesundheit könnten im Fall gesundheitlicher Probleme während einer künftigen Schwangerschaft gefährdet sein oder sie würden keine angemessene medizinische Behandlung erhalten, stellt der GH fest, dass § 4a Abs 1 Z 1 des Familienplanungsgesetzes nach wie vor in Kraft ist. Gemäß dieser Bestimmung ist eine medizinisch indizierte Abtreibung gesetzlich erlaubt, wenn die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet.

(84) Der GH nimmt auch zur Kenntnis, dass keine der Bf [...] vorbrachte, es bestünde aufgrund ihres Alters ein erhöhtes Risiko einer chromosomalen Abweichung [...].

(85) Der GH erachtet alle die oben genannten Faktoren als relevant und stellt fest, dass die Situation der Bf klar von jener der Bf bpsw in *Dudgeon/GB, Michaud/FR* oder *S. A. S./FR* unterschieden werden muss, die mit dem Dilemma konfrontiert waren, sich entweder an die umstrittenen Bestimmungen zu halten oder dies zu verweigern und sich dadurch einer Strafverfolgung auszusetzen. Der vorliegende Fall muss auch von der

Rechtssache *Parrillo/IT* unterschieden werden, wo das bloße Bestehen des umstrittenen Gesetzes sich fortdauernd und direkt auf das Privatleben der Bf auswirkte, weil sie ab dessen Inkrafttreten nicht dazu in der Lage war, ihre Embryos zu Forschungszwecken zur Verfügung zu stellen.

(86) Angesichts des Vorstehenden muss der GH zu dem Schluss gelangen, dass es die Bf verabsäumten, irgendwelche überzeugenden Beweise dafür vorzubringen, dass sie einem realen Risiko ausgesetzt waren, von den durch das Urteil des Verfassungsgerichts eingeführten Änderungen direkt betroffen zu sein. Es scheint daher, dass die aus diesen Änderungen resultierenden Einschränkungen nur hypothetische Konsequenzen für die persönliche Situation der Bf haben könnten. Solche Konsequenzen scheinen zu entfernt und abstrakt, als dass die Bf vertretbar geltend machen könnten, »Opfer« iSv Art 34 EMRK zu sein. Der GH stellt zudem das völlige Fehlen von detaillierten individuellen Einzelheiten und von schriftlichen Belegen über die persönlichen Umstände der Bf fest, was die Durchführung einer Beurteilung ihrer Situation unmöglich macht.

(87) Folglich können die Bf nicht geltend machen, »Opfer« iSv Art 34 EMRK zu sein, weshalb ihre Beschwerden zur Gänze [...] für **unzulässig** erklärt werden müssen (einstimmig).

Entscheidungsanmerkung

Der EGMR war bereits in der Vergangenheit wiederholt dazu aufgerufen, zur restriktiven polnischen Rechtslage betreffend den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch Stellung zu nehmen.¹ Anders als bei den mit der vorliegenden Entscheidung für unzulässig erklärten Beschwerden stand die Opfereigenschaft in diesen Fällen außer Frage, da die Bf schwanger und die gesetzlichen Voraussetzungen für einen legalen Abbruch erfüllt waren. Der EGMR hatte somit lediglich zu beurteilen, ob die *de facto* bestehende Unmöglichkeit, eine nach dem nationalen Recht erlaubte Abtreibung in Anspruch zu nehmen, mit den durch die EMRK garantierten Rechten der unmittelbar betroffenen Frauen zu vereinbaren war.

Im Gegensatz dazu warfen die gegenständlichen Beschwerden die Frage auf, ob das polnische Recht als solches mit der Konvention vereinbar ist, ob also mit anderen Worten aus Art 8 oder Art 3 EMRK ein Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch zumindest bei Vorliegen einer eugenischen Indikation abgeleitet werden

kann. Das ist insofern eine sehr viel heiklere Frage, als der betroffene Staat eben offensichtlich nicht bereit ist, einen solchen Anspruch gesetzlich zu gewähren und er im Fall der Feststellung einer Verletzung verpflichtet wäre, seine Rechtslage zu ändern. Wie aus dem Urteil *A., B. und C./IR* hervorgeht, in dem der EGMR die Vereinbarkeit des irischen Rechts, das Schwangerschaftsabbrüche ebenfalls nur unter sehr engen Voraussetzungen erlaubt, mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens ungewollt schwangerer Frauen bejahte, legt er hier größte Zurückhaltung an den Tag.²

Dass der GH nunmehr erst gar nicht in eine Prüfung in der Sache eintrat, sondern schon die Opfereigenschaft der Bf Frauen verneinte, war angesichts seiner bisherigen Rsp nicht unbedingt vorhersehbar. Zwar ist unbestritten, dass die EMRK keine *actio popularis* kennt, doch wurden in Ausnahmefällen Beschwerden von Personen für zulässig erklärt, die vorbrachten, schon alleine durch das Bestehen eines Gesetzes in einem durch die Konvention garantierten Recht verletzt zu sein.³ Eine derartige direkte Betroffenheit der Frauen hätte sich wohl auch hier damit begründen lassen, dass es angesichts der damit verbundenen Konsequenzen nicht zumutbar ist, die angesichts der Rechtslage mit einer Schwangerschaft verbundene Gefahr des Zwangs, gegebenenfalls ein schwer geschädigtes Kind auszutragen, auf sich zu nehmen. Zudem wäre eine Beschwerde an den EGMR nach Eintritt einer solchen Schwangerschaft angesichts der Dringlichkeit, diese in einem möglichst frühen Stadium abzubrechen, kaum geeignet, Abhilfe zu schaffen. Insofern ist das Argument einiger der Bf nicht von der Hand zu weisen, sie wären durch das Gesetz dazu gezwungen, ihr Verhalten anzupassen, indem sie auf eine Schwangerschaft verzichteten. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit des Eintritts einer schweren Fehlbildung des Fötus gering ist, wären die damit verbundenen Folgen für die betroffenen Frauen äußerst gravierend. Wie der GH allerdings feststellte, waren die Vorbringen aller Bf sehr allgemein gehalten, was ein näheres Eingehen auf ihre individuelle Situation nicht möglich machte. Hier zeigt sich einmal mehr, dass eine strategische Prozessführung vor dem EGMR in Form von »Sammelbeschwerden« in aller Regel weniger Erfolg versprechend ist als mittels gut ausgewählter und ausreichend vorbereiteter Einzelfälle.

Wenngleich im gegenständlichen Verfahren auch ein

1 EGMR 20.3.2007, 5410/03 (Tysi c gg Polen), NL 2007, 82; EGMR 26.5.2011, 27617/04 (R. R. gg Polen), NLMR 2011, 149; EGMR 30.10.2012, 57375/08 (P. und S. gg Polen); EGMR 13.11.2012, 46132/08 (Z. gg Polen).

2 EGMR (GK) 16.12.2010, 25579/05 (A., B. und C. gg Irland), NLMR 2010, 368.

3 So zB im Hinblick auf strafrechtliche Verbote homosexueller Handlungen: EGMR 9.1.2003, 45330/99 (S. L. gg Österreich); steuerrechtliche Bestimmungen: EGMR (GK) 29.4.2008, 13378/05 (Burden gg das Vereinigte Königreich), NL 2008, 105 oder das Verbot der Verschleierung in der Öffentlichkeit: EGMR (GK) 1.7.2014, 43835/11 (S. A. S. gg Frankreich), NLMR 2014, 309 = EuGRZ 2015, 16.

anderes Ergebnis vertretbar gewesen wäre, hätte der GH der Sache mit einer extensiven Auslegung der Voraussetzungen für die Opfereigenschaft keinen guten Dienst erwiesen. Schließlich sind die Urteile des GH nur dann ein echter Gewinn für die menschenrechtliche Situation in den Mitgliedstaaten, wenn sie von diesen auch umgesetzt werden. Und da Polen zu jenen Staaten zählt, die dem GH ohnehin nicht gewogen sind, tut dieser gut daran, keinen vermeidbaren Angriffspunkt zu liefern. Genau dies hätte er aber getan, wenn er in einer derart umstrittenen Angelegenheit ein Urteil auf der Grundlage einer angreifbaren Bejahung der Zulässigkeit gefällt und darin – aller Voraussicht nach – eine Verletzung von Art 8 EMRK durch das polnische Recht festgestellt hätte.

Die inhaltliche Beurteilung der in Polen geltenden restriktiven gesetzlichen Bestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch ist damit ohnehin nur aufgeschoben. Denn zahlreiche weitere Beschwerden gegen Polen sind anhängig, die sich ebenfalls gegen die Einschränkungen des Zugangs zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen richten.⁴ Unter den mehr als 1.000 Bf befinden sich auch schwangere Frauen, bei deren ungeborenen Kindern Fehlbildungen festgestellt wurden, und deren direkte Betroffenheit durch das »Familienplanungsgesetz« kaum in Abrede gestellt werden kann.⁵ Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis sich der EGMR inhaltlich dazu äußern wird müssen, ob ein gesetzliches Verbot des Schwangerschaftsabbruchs bei Vorliegen einer eugenischen Indikation mit der EMRK vereinbart werden kann.

4 EGMR, Presseerklärung vom 8.7.2021: Notification of 12 applications concerning abortion rights in Poland. Abrufbar unter <<https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=003-7074470-9562874>> (6.7.2023).

5 K. C. gg Polen und drei weitere Bsw, 3639/21 ua, zur Stellungnahme übermittelt am 1.7.2021; M. L. gg Polen, 40119/21, zur Stellungnahme übermittelt am 8.10.2021.